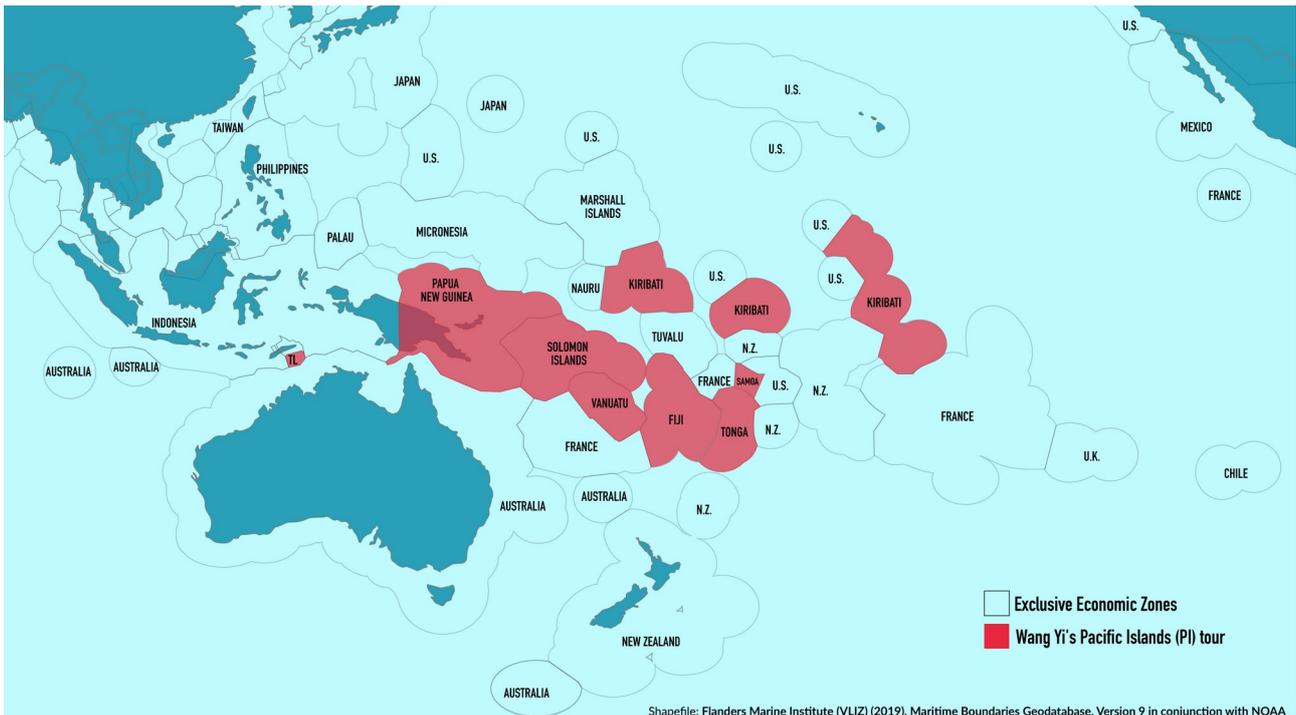


China startet Übung zum Aufbau des pazifischen Imperiums

28. Mai 2022

Präsident Puaneloa (Mikronesien): „Die chinesische Kontrolle über unseren Sicherheitsraum hat nicht nur Auswirkungen auf unsere Souveränität, sondern erhöht auch die Wahrscheinlichkeit, dass China in einen Konflikt mit Australien, Japan, den USA und Neuseeland gerät, wenn Peking beschließt, in Taiwan einzufallen.“



Es ist Zeit, in den Kartenraum zu gehen. Wir öffnen die lange, breite, oberste Schublade, ziehen die Karte des Pazifik-Theaters des Zweiten Weltkriegs heraus und legen sie erst einmal auf den Kartentisch. Wir kommen später darauf zurück. Aber zunächst holen wir eine Karte der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Region heraus.

Nach dem [Seerechtsübereinkommen](#) der UNO kann jede Insel bis zu 200 Seemeilen vor ihrer Küste als AWZ erhalten, in der sie die Ressourcen, z. B. die Fischerei, kontrolliert. Das bedeutet zum Beispiel, dass der pazifische Inselstaat Kiribati eine Bevölkerung von etwa 120 000 Menschen hat, aber mit seiner AWZ so viel Fläche wie Indien abdeckt.

Malen wir nun die ausschließliche Wirtschaftszone der Länder ein, die derzeit von Chinas Außenminister Wang Yi und seiner großen Delegation besucht werden. Wir sehen ein großes, zusammenhängendes Band – Papua-Neuguinea, die Salomonen, Vanuatu, Fidschi, Tonga und Samoa – vor der Nordostküste Australiens, mit Kiribati im Rücken. Und nordwestlich von Australien, fast eingebettet in Indonesien, liegt das strategisch wichtige Timor-Leste.

Was haben wir da vor uns? Nun, China sagt es uns:

Chinas ‚Vision und Fünfjahresplan‘ für Inselstaaten im Pazifik

Wang hofft, dass die Pazifikinsulaner, die China anerkennen, zwei vorformulierte Dokumente unterzeichnen werden. Wir wissen, was darin steht, weil sie uns von besorgten Pazifikern zugespielt wurden.

Das erste ist die „China-Pacific Island Countries Common Development [Vision](#)“. Das zweite ist der „Fünfjahres-[Aktionsplan](#) für die gemeinsame Entwicklung der China-Pazifik-Inselstaaten (2022-2026)“. Der „Aktionsplan“ beschreibt, wie China seine „Vision“ erreichen will.

Die „Vision“ spricht von: Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, einschließlich „sofortiger und hochrangiger Polizeiausbildung“; „Zusammenarbeit bei der Netzverwaltung und der Cybersicherheit einschließlich einer gemeinsamen Zukunft im Cyberspace“; die Möglichkeit der Errichtung einer Freihandelszone zwischen den China-Pazifik-Inselstaaten; „verstärkte Zusammenarbeit bei Zoll, Inspektionen und Quarantäne“; „Schaffung eines freundlicheren politischen Umfelds für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen“; Einrichtung von Konfuzius-Instituten; Ausbildung junger Diplomaten; „Einrichtung eines Kooperationsmechanismus für das Katastrophenmanagement zwischen den Inselstaaten des Chinesisch-Pazifischen Raums“ einschließlich einer vorbereiteten „Notfallreserve für die Inselstaaten des Chinesisch-Pazifischen Raums“, und vieles mehr.

Der Aktionsplan umfasst: „einen Sonderbeauftragten der chinesischen Regierung für die Angelegenheiten der pazifischen Inselstaaten“; einen „Ministerdialog zwischen China und den pazifischen Inselstaaten über Strafverfolgungskapazitäten und polizeiliche Zusammenarbeit“; „Unterstützung beim Aufbau von Labors für die Untersuchung von Fingerabdrücken, forensischer Autopsie, Drogen, elektronischer und digitaler Forensik“; „Ermutigung und Unterstützung von Fluggesellschaften beim Betrieb von Flugrouten und Flügen zwischen China und den pazifischen Inselstaaten“; „Entsendung von 200 medizinischen Fachkräften“ in den nächsten fünf Jahren; „2500 staatliche Stipendien“ von 2022 bis 2025 und vieles mehr.

Bestimmte Provinzen und Institutionen der VR China werden erwähnt – eine Methode, um sicherzustellen, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) die Verantwortung übernimmt. So wird zum Beispiel die Provinz Guangdong, seit langem ein Schwerpunkt des PIC-Engagements, medizinische Teams und Kunstgruppen entsenden und 60 Ausbildungsmöglichkeiten anbieten. Die Stadtverwaltung von Tianjin wird 20 Stipendien anbieten.

Die Karte lesen

Was haben wir also vor uns? Nun, wenn es nach Peking geht, ein Imperium.

Sehen Sie sich nur die AWZ an. Wenn China sich durchsetzt, werden die Fischereiflotten hineingeschickt, es werden Abfertigungshäfen eingerichtet, einschließlich verschiedener Arten der „Vorratshaltung“, und die Visum- und Zollbestimmungen werden gelockert. Wir haben bereits gesehen, dass China seine Fischereiflotte für Grauzonenaktivitäten einsetzt, und es hat eine offene Doktrin der zivil-militärischen Verschmelzung. Darüber hinaus zwingt das chinesische [Geheimdienstgesetz](#) von 2017 chinesische Unternehmen zur Unterstützung von Geheimdienstaktivitäten. Hinzu kommen die Cyber-Integration sowie die polizeiliche und diplomatische Ausbildung.

Diese Länder haben nicht die Möglichkeit, chinesische Aktivitäten in ihren Gewässern zu kontrollieren. Dieser Bogen hat das Potenzial, zu einer „Ersten Inselkette“ zu werden, um Australien und Neuseeland einzuschließen oder zu behindern.

Blick aus der Region

Und was denken die Menschen in der Region? Ein weiteres Dokument, das durchgesickert ist, ist ein Brief, den der Präsident der Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), David Panuelo, an seine Amtskollegen im Pazifik sandte. Darin schreibt er, dass das vorgeschlagene Abkommen „das am meisten verändernde Abkommen im Pazifikraum zu unseren Lebzeiten“ sei.

„Die Sprache dieser Dokumente ist ein Zeichen dafür, dass China seine Hausaufgaben gewissenhaft gemacht hat, denn die Wortwahl ist auf den ersten Blick für viele von uns – vielleicht sogar für uns alle – attraktiv. Sie sprechen von Demokratie und Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit [...] Die Probleme liegen in den Details, und die Details lassen vermuten, dass China versucht [...], sich Zugang und Kontrolle über unsere Region zu verschaffen, mit dem Ergebnis, dass der regionale Frieden, die Sicherheit und die Stabilität zerbrechen.“

Das Abkommen zielt darauf ab, die chinesische Kontrolle über die „traditionelle und nicht-traditionelle Sicherheit“ unserer Inseln zu gewährleisten, unter anderem durch die Ausbildung der Strafverfolgungsbehörden, die Bereitstellung von Material und gemeinsame Durchsetzungsmaßnahmen, die zum Schutz chinesischer Vermögenswerte und Bürger eingesetzt werden können. [Es] strebt die chinesische Kontrolle und das Eigentum an unserer Kommunikation und Infrastruktur sowie an der Zoll- und Quarantäne-Infrastruktur an [...] zum Zweck der Sammlung von Biodaten und der Massenüberwachung derjenigen, die sich auf unseren Inseln aufhalten, sie betreten und verlassen, was angeblich zum Teil durch Partnerschaften im Bereich der Cybersicherheit erfolgen soll.“

„Ich bin mir bewusst, dass ein Großteil der Aktivitäten chinesischer Forschungsschiffe in Mikronesien über die Glasfaserkabelinfrastruktur unseres Landes abgewickelt wird, und ich bin mir auch bewusst, dass die vorgeschlagene Formulierung in diesem Abkommen unsere Länder dafür öffnet, dass unsere Telefongespräche und E-Mails abgehört werden können.“

Dieses Maß an Verständnis und Offenheit gegenüber Chinas politischer Kriegsführung – und der Möglichkeit, dass diese in kinetische Handlungen übergeht – ist für einen nationalen Führer außergewöhnlich. Das Land von Präsident Panuelo erkennt Taiwan nicht an, und dennoch schrieb er:

Was wir mit dem vorgeschlagenen zweiten PRC-PIC-Außenministertreffen und den dazugehörigen Ergebnisdokumenten sehen, ist die Absicht, diejenigen von uns, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten, sehr eng in die Umlaufbahn Pekings zu bringen und damit unsere gesamte Wirtschaft und Gesellschaft an sie zu binden. Die praktische Auswirkung der chinesischen Kontrolle über unseren Sicherheitsraum ist jedoch, abgesehen von den Auswirkungen auf unsere Souveränität, dass sie die Chancen erhöht, dass China in einen Konflikt mit Australien, Japan, den Vereinigten Staaten und Neuseeland gerät, an dem Tag, an dem Peking beschließt, in Taiwan einzumarschieren.

„Um es klar zu sagen, das ist das langfristige Ziel Chinas: Taiwan zu erobern. Friedlich, wenn möglich; durch Krieg, wenn nötig.“

Politische Führung der pazifischen Inseln in der politischen Kriegsführung Chinas

OK, zurück zu den Karten. Es dürfte keine Überraschung sein, dass Präsident Panuelo Chinas „attraktive“ Worte durchschaut. In den letzten 120 Jahren wurde Mikronesien durch die Wirbelstürme des Imperiums geschleudert, von einer Kolonie Spaniens über Deutschland und Japan bis hin zu einem Teil der einzigen „Sicherheitstreuhänderschaft“ der Vereinten Nationen (unter den USA), bevor es schließlich 1979 eine Republik ausrief.

Die Region ist voll von Führungspersonlichkeiten, Geschäftsleuten, Akademikern, Journalisten, religiösen Führern usw., die die Geopolitik viel besser verstehen als viele, die in Think Tanks (oder Außenministerien) in etlichen westlichen Hauptstädten sitzen.

Aus diesem Grund haben wir eine solide Gegenwehr gegen Chinas Ambitionen in der Region erlebt. Kurz nach dem Wechsel der Salomonen von Taiwan zu China im Jahr 2019 gab die Provinzregierung der bevölkerungsreichsten Provinz des Landes, Malaita, mit Unterstützung der traditionellen Häuptlinge das [Auki-Kommuniqué](#) heraus. Darin wird unter anderem ein „Polizeistaat“ abgelehnt und „ein Moratorium für Geschäftslizenzen für neue Investoren, die direkt oder indirekt mit der Kommunistischen Partei Chinas in Verbindung stehen, beschlossen.“

Einer der Gründe? Sie erkennen „die Religionsfreiheit als ein Grundrecht an und beachten außerdem den tief verwurzelten christlichen Glauben und den Gottesglauben der malaitischen und mohammedanischen Völker und lehnen daher die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) und ihre auf einer atheistischen Ideologie basierenden formalen Systeme ab“.

Sie durchschauten auch die „attraktiven“ Worte.

Widerstand gegen das Sicherheitsabkommen zwischen China und den Salomonen kam von Kirchenführern, [Frauengruppen](#) und Provinzfürhern. In einer Aktion, die viele willfährige westliche Journalisten in Verlegenheit brachte, [boykottierte](#) der Medienverband der Salomonen die Berichterstattung über den Besuch von Wang Yi, weil man ihnen Zugangsbeschränkungen auferlegt hatte. Unterstützt wurden sie von Journalisten in [Vanuatu](#).

In Kiribati [sagte](#) die Oppositionsführerin Tessie Eria Lambourne: „Seit der Abriegelung (Lock-downs) wurden Ausnahmen für chinesische Staatsangehörige gewährt, die ohne Einschränkungen in unser Land ein- und ausreisen konnten, während unsere Seeleute und andere Staatsangehörige mehr als drei Jahre auf ihre Rückführung warten mussten. [...] Unser demokratisches System, ja unsere Souveränität, wird angegriffen, und wir brauchen Unterstützung, um unser Überleben als demokratische Nation zu sichern.“

Viele im Pazifik wissen genau, was sie da sehen. Sie blicken auf die Rückkehr der Wirbelstürme des Empire.

Wie sind wir an diesen Punkt gelangt?

Kommt Ihnen diese „Vision“ vielleicht bekannt vor?

„Ziel ist es, die pazifischen Länder in die australische und neuseeländische Wirtschaft und unsere Sicherheitsinstitutionen zu integrieren.“ Das ist aus dem [australischen Weißbuch zur Außenpolitik](#) von 2017.

Oder: „Das PACER Plus [Handelsabkommen] zielt darauf ab, ... die Position Neuseelands gegenüber wichtigen Konkurrenten von außerhalb der Region in den kommenden Jahren zu bewahren ... Die pazifischen Länder werden die Vorteile künftiger Liberalisierungen und Verpflichtungen, die sie in Freihandelsabkommen mit anderen Partnern eingegangen sind, aufgrund solider Meistbegünstigungsverpflichtungen an neuseeländische Investoren und Dienstleistungsexporture weitergeben.“ Das ist ein Auszug aus der Nationalen Interessenanalyse der neuseeländischen Regierung zu [PACER Plus](#).

Abgesehen von den „attraktiven“ Worten war es jahrelang ein scheinbares Ziel Australiens und Neuseelands, die „Unordnung“ im Umgang mit fast zwanzig sehr unterschiedlichen Inselstaaten durch verschiedene Versuche der „Integration“ zu begrenzen. Dies hat viele Formen angenommen.

Der Fall der Salomonen ist ein Mikrokosmos dieser Dynamik. Nach dem Bürgerkrieg einigten sich die Kriegsparteien auf das [Townsville-Friedensabkommen](#) (2000), dessen Schlüsselement die Übertragung der Macht an die Provinzen war.

Die anschließende Friedensoperation RAMSI unter australischer Führung sorgte jedoch nicht für eine Dezentralisierung, vielleicht weil die Zentralisierung und scheinbar willfährige Entscheidungsträger ihnen die Arbeit zu erleichtern schienen. Als die Australier abzogen, gab es auf den Salomonen ein enges Geflecht von Leuten in der Regierung, die wussten, wie man von Außenstehenden profitiert, während man interne Meinungsverschiedenheiten ignorierte oder unterdrückte. Und China hat sie sehr schnell gefunden.

Dies ist kein Einzelfall. Australien hat gerade einen Polizeibeamten als [tonganischen Polizeichef](#) im Rahmen eines Abkommens über gebundene Entwicklungshilfe entsandt, obwohl Tonga sich selbst durch einen Vulkanausbruch, einen Tsunami und eine Pandemie gut versorgt hat. Wenn Peking nun mehr Hilfe leistet, wie kann Australien dann etwas dagegen haben, wenn die Tonganer stattdessen einen chinesischen Polizeibeamten nehmen?

Was nun?

Wir wissen also, was nicht funktioniert. Was aber funktioniert? Wie wäre es, den Pazifikinsulanern zu vertrauen?

In jedem dieser Länder wollen viele, wenn nicht sogar die meisten, der Bevölkerung keine engeren Sicherheitsbeziehungen zu China – wirtschaftliche Entwicklung vielleicht, aber mehr nicht. Dieselbe kleine Gruppe von Politikern und Wirtschaftsführern, die einen faustischen Pakt mit China eingehen wollen, um ihre eigenen Bankkonten und ihre Sicherheit zu schützen, sind eine Bedrohung für ihre eigene Bevölkerung und ihre demokratischen Institutionen. Die Einheimischen wissen das. Sie wollen keine „Integration“, sie wollen Demokratie, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit.

Sie wollen, dass Australien ihre korrupten Führer strafrechtlich verfolgt, die mit dem Geld der VR China australische Strandhäuser kaufen. Sie wollen, dass internationale Medienorganisationen ihre Journalisten anstellen, um unabhängige Untersuchungen durchzuführen. Sie wollen, dass viele der

Dinge, die auf Chinas Liste stehen, wie die Forensik, von ihren eigenen Ländern kontrolliert werden. Bei vielen dieser Punkte kann Indien sehr gut helfen.

Die Liste der Vorschläge ist lang, aber alles beginnt mit der Frage, wie der Pazifikraum Ihrer Meinung nach in, sagen wir, zehn Jahren aussehen sollte. Ich würde vorschlagen, über Island nachzudenken.

Island?

Die pazifischen Inselstaaten werden oft als zu klein und abgelegen abgetan, um lebensfähig zu sein. Doch viele dieser Länder sind nicht abgelegener als Island mit seinen rund 350.000 Einwohnern. Werfen Sie noch einmal einen Blick auf diese AWZs. Wie viele PICs hat auch Island eine Menge Fisch. Das Land hat einfach die Kontrolle über seine Ressourcen übernommen und seine Wirtschaft von dort aus aufgebaut.

Die Färöer-Inseln (mit rund 50 000 Einwohnern) haben ihre Wirtschaft nicht nur auf Fisch aufgebaut, sondern auch auf Innovationen wie die Verabschiedung von Gesetzen, die Unternehmen, die in ihren Gewässern nach fossilen Brennstoffen suchen, dazu verpflichten, die Versorgung über einen färöischen Hafen sicherzustellen, Geld für färöische Forscher bereitzustellen und färöischen Unternehmen den gleichen Zugang zu Aufträgen zu gewähren.

Anstatt Australier als Polizeibeamte zu entsenden, sollten sie lieber Färöer zum Thema Fischerei befragen. Oder so ähnlich. Sie haben die Idee.

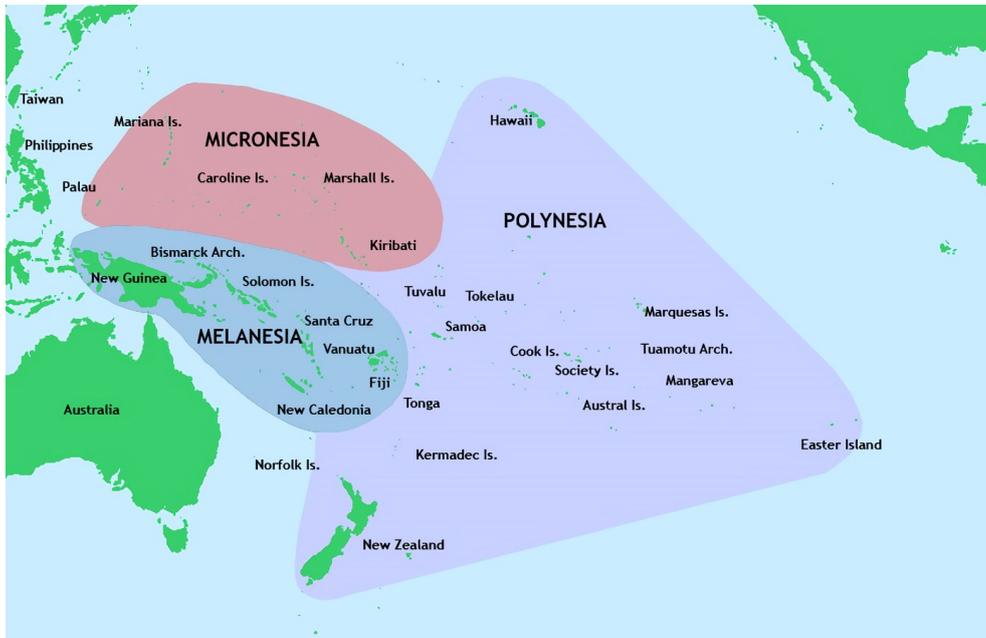
Und für diejenigen, die in einem Dunstkreis falscher Erinnerungen an den Südpazifik, basierend auf einem Broadway-Musical, gefangen sind und denken, dass Inselbewohner nicht hart arbeiten: Raten Sie mal, wer die harte Arbeit leistet, um die australische und neuseeländische Landwirtschaft am Laufen zu halten – sogar während der [Pandemie](#). Und Tonga [behauptet](#), die meisten Dokortitel pro Kopf zu haben. Und auf den Marshallinseln dienen mehr Menschen pro Kopf der Bevölkerung im US-Militär als in fast jedem anderen US-Bundesstaat.

Wenn man die Länder ernst nimmt, eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten, über die die Menschen in der Region schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten sprechen. Zum Beispiel ist dies ein Gebiet, das von Naturkatastrophen heimgesucht wird. Anstatt dass Australien und China darum wetteifern, wer nach einer Überschwemmung als erster vor Ort ist, könnte man in jedem Land eine Nationalgarde aufbauen, die vielleicht von Inselbewohnern des Pazifiks ausgebildet wird, die im US-Militär gedient haben und den Großteil der Arbeit selbst erledigen können.

Die Nutzung von HADR (High Availability and Disaster Recovery) als strategischer Stützpunkt ist in Verteidigungskreisen ein offenes Geheimnis. Die Unterstützung beim Aufbau ihrer eigenen Fähigkeiten gibt ihnen die Art von strategischer Autonomie, die sehr hilfreich sein wird, wenn jemand versucht, ihre Souveränität mit Gewalt zu übernehmen – die Karten aus dem Zweiten Weltkrieg zeigen, wie hart die Inselbewohner für ihre eigenen Nationen kämpfen werden. Außerdem erhalten sie so eine Struktur, an die sich andere anschließen können, wenn eine Katastrophe zusätzliche Hilfe erfordert.

Die Karte

Also, zurück zur Karte. China möchte sie rot ausfüllen. Australien und Neuseeland scheinen sie mit ihrer eigenen Farbe, dem britischen Rosa, ausfüllen zu wollen. Was den Bürgern der pazifischen Inseln und des gesamten indopazifischen Raums jedoch die meiste Sicherheit geben würde, ist ein Mosaik aus starken individuellen Farben, die sich in regionalen Fragen freiwillig zusammenschließen, aber wirtschaftlich und politisch so unabhängig wie möglich sind. Es ist „chaotischer“, aber wie die Demokratie, die es untermauert, ist es eine „Vision“, für die es sich zu kämpfen lohnt.



Drei der größten Inselgruppen im Pazifik

https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_islands_in_the_Pacific_Ocean

The Sunday Guardian ist eine Sonntagszeitung, die 2010 von dem Journalisten, Autor und Politiker M.J. Akbar gegründet wurde. Die Zeitung ist in zwei Rubriken unterteilt: Nachrichten und Feuilleton, wobei jeder Rubrik 20 Seiten gewidmet sind. Beide bieten interessante Perspektiven, die eine Mischung aus Nachrichten, Recherchen, Meinungen, Unterhaltung, Lifestyle und zwischenmenschlichen Themen. M.D. Nalapat ist der redaktionelle Leiter der Zeitung. Die Zeitung hat zwei Ausgaben - Delhi und Mumbai.

Die Zeitung gehört dem ITV Network von Kartikeya Sharma, dem Geschäftsführer von ITV Network (Information TV Pvt Ltd), das auch die Nachrichtenkanäle India News und NewsX betreibt.